



Bund der Richterinnen und Richter,
Staatsanwältinnen und Staatsanwälte
in Nordrhein-Westfalen e.V.

Hamm, 11. November 2024

Presseerklärung

Aktuelle Studie des Hauptstaatsanwaltsrats in Nordrhein-Westfalen zeigt desolaten Zustand der IT der Justiz in Nordrhein-Westfalen.

Der Vorsitzende des DRB NRW, Prof. Dr. Gerd Hamme, erklärt: „Die Beschäftigten der Justiz sind entnervt und frustriert, die Funktionsfähigkeit der Dritten Staatsgewalt wird gefährdet. Dieses Bild wird ganz deutlich durch die Ergebnisse einer Umfrage, die der Hauptstaatsanwaltsrat in Nordrhein-Westfalen durchgeführt hat.“ Der Vorsitzende des Hauptstaatsanwaltsrats, Jochen Hartmann, berichtet in einem Newsletter über die Studie: „Mehr als 750 Staatsanwältinnen und Staatsanwälte haben an unserer Umfrage zur Qualität der dienstlichen IT teilgenommen. ... Die Ergebnisse sind ebenso deutlich wie besorgniserregend: Kaum ein Staatsanwalt und kaum eine Staatsanwältin kann ohne Störungen der Infrastruktur im Rechenzentrum arbeiten. Bei 2/3 aller Kolleginnen und Kollegen ist der Zugang ins Rechenzentrum täglich oder sogar stündlich gestört.“ Die Ergebnisse der Studie sind beigefügt.

Prof. Dr. Hamme interpretiert die Ergebnisse so: „Die Gesamtsituation in der Justiz ist noch deutlich schlimmer als die Studie aufzeigt. Die Studie zeigt nur die Probleme im Bereich der Staatsanwaltschaften auf. Die Störungen und Einschränkungen bestehen aber gleichermaßen in den Gerichten Nordrhein-Westfalens. In den Gerichten sind sogar noch viel mehr Personen von den gleichen Problemen betroffen als in den Staatsanwaltschaften. Gerichte und Staatsanwaltschaften in Nordrhein-Westfalen arbeiten bereits ganz überwiegend mit elektronischen Akten im elektronischen Rechtsverkehr. Die Einschränkungen und Performenestörungen behindern deshalb die tagtägliche Arbeit von zehntausenden Mitarbeitern in allen Bereichen der Justiz. Die Bewertung der IT in Schulnoten zeigt, dass die Studie eine Art „blauer Brief“ an den Haushaltsgesetzgeber ist.“

Jochen Hartmann sagt im Newsletter, es bestehe die Gefahr, dass eine ganze Generation eigentlich hochmotivierter Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sich frustriert und genervt von den Durchhalteparolen in Dauerschleife in die innere Emigration zurückziehen werde mit allen Folgen für die Justiz und die Sicherheit der Menschen in unserem Land. Dies gilt gleichermaßen für die betroffenen Richterinnen und Richter und die übrigen Beschäftigten in der Justiz.

„Auch bei angespannter Haushaltslage darf die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden. Die Bürgerinnen und Bürger haben nicht nur ein großes Interesse an einer funktionierenden Justiz, sie haben einen Anspruch darauf! Der Haushaltsgesetzgeber muss jetzt handeln und die Mittel für den IT-Haushalt deutlich aufstocken, fordert der Vorsitzende des DRB NRW.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an: Prof. Dr. Gerd Hamme – gerd.hamme@drb-nrw.de

Der Bund der Richter und Staatsanwälte in Nordrhein-Westfalen ist mit über 4.100 Mitgliedern bei ca. 5.900 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.